

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

294 (17.12.1930)

Deutsche Auslandsverschuldung und Kapitalbildung

Von Wilhelm Reil, M. d. R.

Wenn die Wirtschaftskrise sich in besonders starkem Maße in Deutschland auswirkt, so kann nur nationalsozialistische Demagogie und unzählbarer Haß gegen die Sozialdemokratie die Ursache dafür in „marxistischer Mißwirtschaft“ erblicken. Wenn und wo hat die ökonomische Lehre des Marxismus innerhalb Deutschlands Gelegenheit gehabt, als wirtschaftliche Methode zur Anwendung zu gelangen? Doch höchstens in den mit dem Sakentanz abgetempelten Hohlköpfen. Wer nur mit dem kleinsten Mindestmaß von Sachkenntnis an die Prüfung der wirtschaftlichen Erscheinungen herantritt, findet sofort, daß zu der allgemeinen in der weltwirtschaftlichen Anausgleichtheit liegenden Ursache der Krise in Deutschland noch besondere, die Wirtschaftskrise verschärfende Momente hinzutreten, an denen niemand unschuldig ist als Marxismus und Sozialdemokratie. Das ist erstens der Verlust großer Absatzgebiete der deutschen Industrie durch den Krieg, der den früheren Absatzländern für deutsche Industrieprodukte Gelegenheit gab, eine eigene konkurrenzfähige Industrie zu entwickeln; zweitens kommt hinzu die hochagrarische deutsche Zoll- und Handelspolitik, für die nicht die Bedürfnisse der deutschen Gesamtwirtschaft, sondern die Interessen der Großgrundbesitzer richtunggebend sind. Ein drittes Moment ist die einseitige Belastung der deutschen Wirtschaft mit großen Kriegsschuldungen. Sucht man nach Schuldigen, so ist für diese in Deutschland besonders wirksamen Krisenursachen letzten Endes immer nur der nationalsozialistische Wahnwitz, der uns den verheerenden Krieg mit all diesen Folgen beschert hat, verantwortlich zu machen.

Wie sehr die Position Deutschlands in der Weltwirtschaft durch den verlorenen Krieg verschlechtert worden ist, das geht mit sinnfälliger Deutlichkeit aus der begriffenswerten Uebersicht über Deutschlands Arbeit in der internationalen Kapitalverflechtung hervor, die das Statistische Reichsamt veröffentlicht hat. Während Ende 1913 etwa 30 Milliarden deutsches Kapital in der ausländischen Wirtschaft angelegt waren, denen nur rund 10 Milliarden an ausländische Kapitalanlagen in Deutschland gegenüberstanden, ist heute das Verhältnis umgekehrt. Ende September 1930 war die deutsche Wirtschaft mit etwa 27 Milliarden ausländischen Anlagen belastet, denen nur 9 bis 11 Milliarden deutsche Anlagen im Ausland gegenüberstehen. Legt man dem Passivsaldo von 16 bis 18 Milliarden zu Lasten Deutschlands nur die viel zu niedrig geschätzte durchschnittliche Zinsquote von 7 Prozent zu Grunde, so ergibt sich daraus schon eine Belastung von 1,12 bis 1,26 Milliarden pro Jahr.

Dieser Druck wird dadurch verschärft, daß von der deutschen Verschuldung nicht weniger als 10,8 bis 11,8 Milliarden kurzfristig sind, also mit hohen Tilgungsraten abgedeckt oder am Fälligkeitstermin durch neue Schuldaufnahmen ersetzt werden müssen. Langfristig sind von den deutschen Auslandschulden 9,3 Milliarden. Auf ausländische Beteiligung an deutschen Unternehmungen und auf deutsche Filialen ausländischer Unternehmungen entfallen 4 Milliarden und schließlich werden die ausländischen Anlagen in deutschen Grundstücken auf 2 Milliarden geschätzt.

Umgekehrt steht es mit den deutschen Anlagen im Ausland nach dieser statistischen Erhebung, die natürlich große, auf dem Wege der Kapitalflucht abgewanderte Summen nicht erfährt. Das deutsche Vermögen im Ausland besteht in Höhe von 4,8 bis 5,8 Milliarden in kurzfristigen, in Höhe von 0,75 bis 1 Milliarde in langfristigen Schulden und Forderungen und in Höhe von 3,25 bis 4 Milliarden in Beteiligungen, Filialen und ausländischem Grundbesitz.

Für die gesamte deutsche Wirtschaft ist es kein Trost, daß von den im Ausland aufgenommenen kurzfristigen Schulden nur 500 Millionen auf die öffentlichen Körperschaften, 8,3 Milliarden auf die Banken, dagegen von den langfristigen 3,9 Milliarden auf die öffentlichen Körperschaften und 189 Millionen auf die Banken entfallen. Die produktive Privatwirtschaft, die 4,52 Milliarden langfristige neben 2 bis 3 Milliarden kurzfristigen Auslandsverschuldungen mitgeschleppt, läßt an dieser Last die Verbraucher ebenso mitleiden, wie die öffentlichen Körperschaften ihre Last der Masse der Steuerzahler aufbürden. Die erträglichsten Auslandschulden stellen noch die in ausländischen Händen befindlichen deutschen festverzinslichen Papiere dar, die jedoch am 30. September auf rund 800 Millionen zu schätzen waren.

Von den deutschen Nationalisten wird im Kampf gegen den Youngplan, für dessen alsbaldige Aufhebung oder wirksame Revision sie das Rezept noch nicht geschrieben haben, ständig darauf hingewiesen, daß die Reparationen seither mit vom Ausland geborgtem Geld bezahlt worden seien. Ohne auf eine genauere Nachprüfung dieser, für die parteipolitische Agitation formulierte These einzugehen, darf doch festgestellt werden, daß Deutschland nach der Inflation auf alle Fälle auch bei einer völligen Befreiung von Reparationslasten, die jeder Deutsche herbeiwünscht, in hohem Grade auf Auslandskapital angewiesen bleibt. Die Inflation und die Aufwertung, die 1925 von der Rechtsmehrheit des Reichstags durchgeführt wurde, war doch schließlich nichts anderes als eine Art Bilanzziehung, bei der die durch den Krieg vernichteten Werte am deutschen Kapitalvermögen abgeschrieben wurden. Bei dieser Bilanz, die den Sachwertbesitz begünstigte, den Kapitalbesitz dagegen rücksichtslos bluten ließ, blieben nur winzige Kapitalreste übrig. Wenn auch nach der Stabilisierung der Währung wieder eine erfreuliche Neubildung von Kapital in Deutschland einsetzte, die für die Jahre 1924 bis 1928 von Professor Magemann auf 36 Milliarden berechnet wurde, so ist das doch nur ein Bruchteil der Summe von 150 bis 200 Milliarden, die der Inflation, d. h. dem Vernichtungswerk des Krieges zum Opfer gefallen ist. Die Lage des Kapitalmarktes in Deutschland blieb trotz verminderter Kapitalbedarfs in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs angespannt, weil schon 1929, vor allem aber 1930 die innerdeutsche Kapitalbildung stark nachließ. Am deutlichsten zeigt sich der Rückgang bei den deutschen Sparkassen, die immerhin heute ohne Depots, Giro- und Kontokorrenteinlagen bereits wieder einen Einlagenbestand von mehr als 10 Milliarden aufweisen gegenüber 20 Milliarden vor Ausbruch des Krieges. Betrag die Zunahme der Einlagen vom Oktober 1928 bis zum Oktober 1929 noch 2,1 Milliarden, so verminderte sie sich von da bis zum Oktober 1930 auf 1,4 Milliarden, von welcher Vermehrung aber der überwiegende Teil auf die letzten Monate des vorigen und die ersten des laufenden Jahres entfällt. Im Oktober dieses Jahres betrug die Einlagenvermehrung mit 42,1 Millionen nicht

Schuldenwesen der Gemeinden

Neue Richtlinien für das Anleihe- und Ausgabewesen der Gemeinden

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich veröffentlicht im Berliner Tageblatt unter der Überschrift „Das Schuldenwesen in den Gemeinden“ einen Artikel, der die Richtlinien behandelt, die für das Anleihe- und Ausgabewesen der Gemeinden maßgebend sein sollen. Herr Dr. Dietrich schreibt:

Die Verhandlungen mit den Regierungen der Länder über die neuen Richtlinien für das Schuldenwesen der Gemeinden sind abgeschlossen. Die Richtlinien sind am 3. ds. Mts. vereinbart worden.

Anleihen und Darlehen von Gemeinden dürfen nur zur Deckung außerordentlichen Bedarfs und in allgemeinen nur für werbende Zwecke aufgenommen werden. Ihre Rückzahlung bei Fälligkeit muß gesichert sein. Der vorherigen Genehmigung der Landesregierung sollen die Gemeinden künftig nicht nur für rechtswirksame Aufnahme von Anleihen und Darlehen bedürfen, sondern, was bisher nur einzelne Landesrechte kannten, auch zur rechtswirksamen Übernahme von Bürgschaften und Garantien, sowie zur rechtswirksamen Übernahme anderer Sicherheiten. Umgehungsgeschäfte unterliegen ebenso wie die von ihnen verdeckten Kreditverträge der Genehmigung der Landesregierung.

Das Genehmigungsrecht der Länder ist unangetastet geblieben. Es ist jedoch Vorlage dafür getroffen worden, daß die Auslandsanleihen und Auslandskredite ohne Unterschied und die Inlandsanleihen, soweit sie für den öffentlichen Markt bestimmt sind, auf Bedingungen und Ausmaß von den im Reich verantwortlichen Stellen unter dem Gesichtspunkte einer pflichtigen Behandlung der Kapitalmärkte geprüft und nur gebilligt werden, wenn sie das Gesamtinteresse der öffentlichen und privaten Wirtschaft nicht verletzen.

Bei den Auslandsanleihen und Auslandskrediten wird grundsätzlich an der bisherigen Regelung festgehalten; die Beratungsstelle bleibt bestehen. Auch die Beratungsstelle soll in Zukunft von der Prüfung des Verwendungszweckes dann absehen, wenn die Landesregierung erklärt, daß der Verwendungszweck den Anforderungen der Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten entspricht. Die zweite Änderung besteht darin, daß für die Kommunen zwei kommunale Finanzsachverständige der Beratungsstelle hinzutreten, um auch hier durch ihre Mitarbeit zu helfen.

Bei den für den öffentlichen Markt bestimmten Inlandsanleihen liegt die Prüfung für die Bedingungen den Gemeinden selbst ob,

die sich zu diesem Zwecke bei ihren kommunalen Reichsplatzverwaltungen in lokalen zentralen Kreditausschüssen zusammenzuschließen haben. An den Beratungen dieser Kreditausschüsse werden je ein Vertreter des Reichsministers der Finanzen, des Reichswirtschaftsministers, des Reichsbankdirektoriums und der zuständigen Landesregierungen teilnehmen.

Einem befürwortenden Gutachten des zentralen Kreditausschusses kann der Vertreter des Reichsministers der Finanzen widersprechen. Die Landesregierung kann dann die Anleihe nicht genehmigen, bevor sie sich mit dem Reichsfinanzminister ins Benehmen gesetzt hat.

Bei dieser Regelung ist dem an sich berechtigten Verlangen der Gemeinden, es ihrer Verantwortung zu überlassen, in ihren eigenen Anleihen die Ordnung zu halten, die sie nicht nur ihrem eigenen Anleihen, sondern auch der Gesamtwirtschaft schuldig sind, Rechnung getragen. Auf der anderen Seite ist das Recht der Reichsstellen, auf deren letzten Endes die Verantwortung für Wirtschaft und Währungsfrage lastet, nicht beeinträchtigt. Mit Hilfe der in die Hand der Vertreter des Reichsfinanzministers gelegten Rechte besteht für sie die Möglichkeit, indem aus finanziellen und währungsrechtlichen Gründen wirklich bedenklichen Anleihevorschlägen entgegenzutreten und ihre Bedenken der Landesregierung, die die Anleihe zu genehmigen haben würde, erforderlichenfalls mit dem gebotenen Nachdruck zur Kenntnis zu bringen.

Die Neugestaltung der Richtlinien ordnet sich in das Bestreben der Reichsregierung ein, die Gemeinden in ihrer Selbstverwaltung zu stärken, wo sie zur Selbstverantwortung bereit sind und daraus auch die Forderung der Selbstbeschränkung ziehen, die der herrschenden Not entspricht. Zurückhaltung in der Ausgabe- und Anleihepolitik wird für die Kommunen wie für alle öffentlichen Rechtseinrichtungen das Beste sein müssen. Die Sorgsamkeit der Kreditbearbeitung wird auch für die mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten kommunalen Versorgungsbetriebe gelten müssen. Soweit sie Kredite für Gemeinden selbst beschaffen, gleichviel in welchen Formen und auf welchen Wegen, werden die Bestimmungen der Richtlinien wirksam. Im übrigen sind sie vorläufig in die Regelung nicht einbezogen. Sollen sich daraus Mängel ergeben, so wird die Frage ihrer Einbeziehung einer Nachprüfung unterzogen werden müssen. Geplant ist die jetzige Regelung nur als eine Uebersichtsanordnung bis zum 1. April 1933.

General von Deimling

„Aus der alten in die neue Zeit“

Der in Baden-Baden im Ruhestand lebende General von Deimling, ein geborener Karlsruhe, ist in allen Reaktionslagern ein sehr geachteter Mann. Ein großer Teil unserer Leser kennt ihn persönlich von republikanischen Aushebungen, in denen er als Reichsbannermann für die Republik und für die Demokratie in der ihm eigenen leidenschaftlichen Weise gesprochen hat. Nicht nur die Reaktion an sich hat das dem alten wilhelminischen General aufs tiefste verübelt, auch ein nicht geringer Teil der früheren monarchistischen Offiziere haßten und beschimpfen ihn. Woraus sich Herr von Deimling allerdings nicht das geringste macht. Er war einst einer der schneidigsten und draufgängigsten Offiziere im alten Heer.

Wir sehen ihn heute noch, als er während des Krieges gegen die Hottentotten in Südwestafrika als Oberst in voller Galauniform der Kolonialoffiziere auf der Reichstagstribüne erschien und eine edle militärische Donnerrede auf den zunächst etwas verärgerten Reichstag herniederprasselte. Der kriegerisch-parlamentarische Ritt des Herrn von Deimling brachte ihm so ziemlich bei allen Parteien starke Mißbilligung ein. Hell begeistert war jedoch der Klub derer, die der seltsame Spottgedicht brachte:

Der von Deimling!
Ich bin der Herr von Deimling
Ich bin der Herr von Deimling
Ich bin kein Baderknechtling
Ich bin von Mark und Scheidt.
Ich suchte mit dem Säbel
Am Bundesratsstisch
Und haß' aus Baden und Besel
Mir ein Kasoutemisch.

Herr von Deimling besiegte die Hereros und die Hottentotten und wurde später Kommandeur des 15. Armeekorps in Straßburg. Während seines Korpskommandos ereigneten

sich im Jahre 1913 die Vorfälle in Zabern, die damals in der ganzen Welt Aufsehen erregten. Herr von Deimling tritt scheinbar zugunsten der Offiziere ein, die mit der Zivilbevölkerung in einen Konflikt geraten waren. Wilhelm II. bewilligte an von Deimling:

Ich danke Ihnen für Ihre Meldung von heute früh. Sie sind mir für die Ordnung in Ihrem Korpsbezirk verantwortlich und werden es dabei an der nötigen Energie nicht fehlen lassen.

aus Wilhelm.
Und Wilhelms ältester Sprößling, unser verflorenes samariter Kronprinzip, telegraphierte:

Hoffe, daß die Offiziere in jeder Beziehung gegen die Unverschiedenheiten des zäheren Lebens geschützt werden. Es müßte ein Exemplum statuiert werden, um den Herren Einbeobachtern die Lust an derartigen Vorfällen zu verlosen. Besten Gruß!

Die Beobachtungen und Erfahrungen, die Herr von Deimling während des Weltkrieges sowohl als Truppenführer, wie später auch nach seiner Verabschiedung gemacht hat, warnten ihn zu einem Gegner des Krieges um und als im November 1918 die Monarchie in Deutschland schmachvoll zusammengebrochen war, stellte sich von Deimling sofort in den Dienst der Republik auf demokratischer Grundlage. Dem ist er treu geblieben und er hat in jener kritischen Zeit, als das Reichsbanner gegründet und zur Schutzorganisation von dem bestehenden Staat machtvoll ausgebaut wurde, an dieser Arbeit leidenschaftlichen und wertvollen Anteil genommen. Doch von ihm im Wilhelms-Berlag herausgegebene Erinnerungsbuch „Aus der alten in die neue Zeit“ ist außerordentlich lesenswert. Es hat natürlich den alten Kämpfer auch heftige Kritik eingetragen, was ihn aber in den Augen und im Urteil des republikanischen Deutschland nur ehrt.

einmal mehr die Hälfte der Augustsumme, die sich noch auf 85,8 Millionen belief und nicht einmal mehr ein Viertel der Zunahmesumme von 178,7 Millionen im Oktober 1928. In diesen Zahlen spiegelt sich neben der schlechten Wirtschaftslage die nach dem 14. September stark gesteigerte Kapitalflucht, zugleich sind sie ein Zeichen dafür, welches „Vertrauen“ die Masse der deutschen Sparrer der staatspolitischen Weisheit der nach der Staatsmacht strebenden Nationalsozialisten entgegenbringt.

Eine Aktion gegen die Birmanenser Kommunisten

Birmansens, 16. Dez. Die Regierung der Wals hat heute eine umfassende Aktion gegen die kommunistischen Umtriebe in Birmansens eingeleitet. In den ersten Kommissaratsstunden ergriffen plötzlich mehrere Autos der Landespolizei, insgesamt rund 220 Mann. Die Schwere wurde sofort in verschiedene Gruppen eingeteilt und zu Hausdurchsuchungen bei verdächtigen Personen ausgesandt. Im Zusammenhang damit wird von amtlicher Stelle erklärt: Gerichtliche und polizeiliche Untersuchungen haben bei Anhängern der kommunistischen Partei in Birmansens Vorwürfe festgestellt, die eine ernste Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten. Es sind Strengkörper gefunden worden, die offenbar zu verbrecherischen Angriffen bestimmt waren. Die kommunistische Arbeitermehrheit hielt regelmäßig Meetings mit Handgranatenmercen (Lebungsbandgranaten) ab. Der Arbeiter-Schützenverein sorgte für die Schießausbildung. Wegen dieser Vorwürfe hat die Regierung die beiden Vereine für verboten und aufgelöst erklärt. Zur Vermeidung von Unruhen hat der Stadtkommissar alle öffentlichen Versammlungen, Umzüge und ähnliche Veranstaltungen der Kommunisten und Erwerbshöfen bis auf weiteres verboten.

Besserung im Befinden Poincarés

Paris, 16. Dez. (Eig. Draht.) Im Zustand des ehemaligen Ministerpräsidenten Poincaré scheint im Laufe des Dienstags eine wesentliche Besserung eingetreten zu sein. Ein amtlicher Bericht erklärt, daß sein Befinden befriedigend sei. Mehrere Nachsicherer, die im Laufe des Tages in der Wohnung Poincarés nachgesehen haben, versichern, daß die Familienangehörigen wie bei der Hoffnung geschloß hätten. Kriegsminister Briand betont, daß man die weltumfassenden Gerüchte über das baldige Ableben Poincarés unbedingt dementieren müsse.

Große Zahlungseinstellungen in Amerika

New York, 16. Dez. Heute haben weitere 15 Banken in allen Teilen des Landes ihre Zahlungen eingestellt. Fast 500 Millionen Dollar sind durch diese Zahlungen verloren gegangen, ihre Schließung jedoch dürften bedeutende Minderungen von den Krediten der National Bank of California, deren Kapital 4 656 000 Dollar beträgt.

Hakenkreuzler überfallen Reichsbanner

Rosby, und Selbstbestimmung
Braunschweig, 16. Dez. (Eig. Draht.) In der Nacht zum Dienstag überfielen 10 Studenten und 6 uniformierte Hakenkreuzler Reichsbannermitglieder des Braunschweiger Ortsvereins. Die Reichsbannerleute, die von einer Verammlung des weltlichen Elternbundes kamen, ein heftiges Studentenräum passierten, schloß sich die Polizei mit dem Aute auf, sie: „Da kommen ja die Hakenkreuzer.“ Einer der Reichsbannerleute wurde darauf niedergeschlagen. Auch die beiden anderen wurden erheblich verletzt. Einem der Fortemonnaie mit 38 K Inhalt geklohen. Der Täter bisher noch nicht festgenommen werden.

Freistaat Baden

Das badische Zentrum und die Notverordnungen

Der badische Zentrumsabgeordnete, Herr Dr. Föhr, nimmt zwei im Badischen Beobachter abgedruckten Artikeln Stellung zu den Notverordnungen. Aus den Artikeln ist klar ersichtlich, daß Herr Dr. Föhr darin nicht nur seine eigene Meinung zum Ausdruck bringt, sondern auch die der Führung der badischen Zentrumspartei. Herr Dr. Föhr betont, daß die badischen Zentrumsabgeordneten nur unter Überwindung größter Bedenken sich für Ablehnung der Anträge ausgesprochen haben, welche die Aufhebung der Notverordnungen bezweckten. Herr Dr. Föhr legt im einzelnen des Näheren dar, weshalb starke sachliche Bedenken das badische Zentrum gegen die Aufhebung der Notverordnungen hegt, so z. B. gegen die Neuordnung der Tabaksteuer, gegen die Realsteuerentlastung gegen das Steuervereinfachungsgesetz. Dabei plagt das badische Zentrum besonders die Sorge um die „armen“ Steuerzahler. Hinsichtlich der Neuordnung der Tabaksteuer meint Herr Dr. Föhr, es sei mehr wie schmerzhaft, daß ein Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei, der Reichsfinanzminister Dietrich, uns dieses Gesetz aufzulegen hat, das eine gerechte Rücksichtnahme auf die badische Wirtschaft direkt vermissen läßt.

Das badische Zentrum ist aber noch darüber hinaus mit Herrn Reichsfinanzminister Dietrich sehr unzufrieden, weil es hält, wie Herr Dr. Föhr ausdrücklich betont, den „unsachlichen Notverordnungsaufgezwungenen Weg“ als Haupt für falsch. Wenn das badische Zentrum seiner schweren Bedenken und trotzdem es den ganzen Tag der Sanierung des Herr Dr. Dietrich für falsch hält, nicht die Aufhebung der Notverordnungen gestimmt hat, so heißt das, weil die Entscheidung darüber, wie Herr Dr. Föhr meint, eine politische geworden ist. Wörtlich:

Der Vorschlag auf die drohenden Wirksamkeit eine Zustimmung zur Notverordnung als ganzem, trotz der Ablehnung einzelner Teile derselben, hätte die Möglichkeit bestanden, zu den einzelnen Teilen der Notverordnung Stellung zu nehmen, so hätte Standpunkt des badischen Zentrums aus kein Zweifel darzustellen bestanden, daß einzelne Teile abzulehnen seien. Diese Möglichkeit bestand jedoch nicht. Der Reichstag konnte nur entweder die ganze ablehnen oder das ganze annehmen...

So wie es bei der Entscheidung über die Notverordnungen im badischen Zentrum ergangen ist, so auch der Sozialdemokratie. Auch sie hat gegen einzelne Teile der Notverordnungen außerordentlich starke Bedenken und sie glaubt auch nicht, daß durch die Notverordnungen eingeleitete „Sanierungsmaßnahmen“ eine wirklich gute und für längere Dauer sichere Regierung herbeizuführen vermag. Aber auch die Sozialdemokratie hat im vollen Umfange bewußt, daß eine Außerkräftigung der Notverordnungen durch den Reichstag politisch wirtschaftlich a tempo geradezu katastrophale Wirkungen herbeiführen würde. Darum hat die Sozialdemokratie die Aufhebung der Notverordnungen abgelehnt, aber hat dabei den starken Vorbehalt gemacht, daß auf dem Wege der Gesetzgebung versucht werden muß, notwendige Änderungen herbeizuführen. Und die Sozialdemokratie hat eine ganze Reihe gesetzgeberischer Vorschläge gemacht, die Notverordnungen zu verbessern.

Die Deutsche Volkspartei gegen den Minister Kemmele

Die Deutsche Volkspartei im Badischen Landtag hat eine Note, besser gesagt, eine freche Anfrage an die Regierung gerichtet, wegen der vom Minister Dr. Kemmele verabschiedeten „Novemberverbrecher“. Die Deutsche Volkspartei möchte wissen, ob die Regierung solche Veröffentlichungen billigt. Die Herren Volksparteiler sind offenbar der Meinung, ein Minister habe nicht das Recht, außerhalb seiner amtlichen Betätigung politische Vorgänge sowohl der Gegenwart wie der Vergangenheit, mündlich oder schriftlich zu verbreiten. Der Inhalt der Broschüre mag Menschen von der politischen Einstellung der deutschen Volksparteiler nicht überzeugen, aber zu einer amtlichen Beanstandung kam er in der Weise eine Handhabe bieten. Wir sind auch überzeugt, daß die badischen Volksparteiler kein Wörtchen der Kritik zu sagen würden, wenn ein volksparteilicher Minister die Vorrede, die sich am Ende des Weltkrieges und bei der Staatsentstehung abgespielt haben, in einer gegen den heutigen Stand der Dinge abgefaßten Weise behandeln würde. Darum ist die Frage der Deutschen Volksparteiler zwar eine förmliche, aber auch eine freie.

Rechts mit den Führer-Behauptungen?

Der aufmerksame Leser des nationalsozialistischen Führer schreibt wieder zwei bezeichnende Feststellungen aus der Nummer 12 des Führerbriefs. Unter der Überschrift „SPD gegen die Ermäßigung der Einkommensteuer“ ist zu lesen: „In der Dienstbescheinigung des Reichstaats hat die Sozialdemokratie wieder einen Antrag, alle Vermögenden über 500.000 M. und Einkommen über 100.000 M. mit einer Sondersteuer von 20 Prozent zu belegen, abgelehnt. Die Sozialdemokratie die beantragte Aufhebung der Einkommensteuer über die Arbeitslosenversicherung.“ Geraben uns die Führerleser erfahren, daß die kommunistischen Steuererhöhungen abgelehnt wurden, aber nicht die Nationalsozialisten abgelehnt haben! Noch mehr — jeder einfache Arbeiter hat aus dieser Aufmachung heraus, als ob die „arbeitnehmerfreundliche“ Sozialdemokratie die Ermäßigung der Einkommensteuer abgelehnt hätte! Mit raffinierter Verdrehtung werden hier die Tatsachen verunstaltet und auf den Kopf gestellt. Solche Moralegestalten wollen die Erneuerer des deutschen Volkes sein! Schönes drittes Beispiel, dem uns diese Feststellungen zuführen!

Niemand kann zwei Herren dienen — nur Klaus Möller wagt es

Die Geschichte zweier Postkarten und der mißglückte Sprung eines geruhssamen deutschen Spießers in die hohe Politik

Ueberschlauer Konjunkturpolitiker!

Die geistige Verwirrung, die schon bei der Reichstagswahl vom 14. September einen Teil unseres Volkes erfaßte, hat ein tragisches Opfer gefordert. Ganz in der Nähe von Mannheim ist der Schauplatz des furchtbaren Geschehens. Ein einfacher braver Bürgermann, der bisher noch nicht einmal die hohe Ehre hatte, in der politischen Arena unseres neu eingemeindeten Borussiae Seidenheim bekannt zu sein, hat sich durch einen Streich, dessen Genialität nicht zu übertreffen ist, beinahe zu Weltberühmtheit verholfen.

Das von allen Geistern des politischen Dilettantismus in bangen Stunden gewälzte Problem, wie es möglich ist, in der Postkarte Nr. 1

An das Sekretariat der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Mannheim.

Mannheim-Seidenheim, Hauptstr. 89, den 10. 12. 30.
Nachdem ich mich bisher indirekt zur Partei zählte, sehe ich es nunmehr an der Zeit, eingetragenes Mitglied zu werden und bitte um gefl. Aufnahme.

Mit Parteigrüß!
Klaus Möller, Spartenassistentenleiter.

Herr Klaus Möller hatte also einen schlaun Plan eingezeichnet. Er wollte gleichzeitig Mitglied in zwei Parteien werden. Nun hat ihm aber sein eigenes Mißgeschick und die Gewissenhaftigkeit der Post einen unerwarteten Streich gespielt. Denn die zweite Postkarte, deren Briefmarke nicht gestempelt ist, war durch die Tücke des Klebpostens an die erste so fest angeheftet, daß es nicht dem bösen Willen der Post zu verdanken ist, sondern lediglich dem unerforschlichen Mischgeschick einer höheren Gerechtigkeit.



Nachdem ich mich bisher indirekt zur Partei zählte, sehe ich es nunmehr an der Zeit, eingetragenes Mitglied zu werden und bitte um gefl. Aufnahme eines Mitglieds.
Herzliche Grüße mit Parteigrüß!
Klaus Möller
Mannheim-Seidenheim



Nachdem ich mich bisher indirekt zur Partei zählte, sehe ich es nunmehr an der Zeit, eingetragenes Mitglied zu werden und bitte um gefl. Aufnahme eines Mitglieds.
Herzliche Grüße mit Parteigrüß!
Klaus Möller
Mannheim-Seidenheim

Politik rasch zu Erfolg zu kommen, wurde von ihm auf eine ebenso einfache wie frappierende Weise gelöst.

Der große Entdecker ist kein Geringerer als der Spartenassistentenleiter Klaus Möller aus Seidenheim, der nun aus dem beschriebenen geruhssamen Dasein eines tüchtigen Spartenassistenten herausgetreten ist in das strahlende Rampenlicht der politischen Bühne. Seine Entdeckung offenbart eine derart übernatürliche Geistesgröße, daß sie der flammenden Mitwelt nicht vorzuenthalten werden kann.

Und so geschah folgendes:
Vor einigen Tagen traf auf dem Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei Mannheim, R. 3. 14, eine Postkarte folgenden Inhalts ein (siehe Bild 1):

„An das Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei in Mannheim.“

Mannheim-Seidenheim, Hauptstr. 89, den 10. 12. 30.
Nachdem ich mich bisher indirekt zur Partei zählte, sehe ich es nunmehr an der Zeit, eingetragenes Mitglied zu werden und bitte um Uebernahme eines Mitgliedskarte.

Hochachtungsvoll mit Parteigrüß:
Klaus Möller, Spartenassistentenleiter.

Doch die Freunde, die über das damit neugewonnene Mitglied der Sozialdemokratischen Partei in dem erlittenen Herzen unseres Sekretärs aufzulodern drohte, machte sehr rasch einem begrifflichen auch nicht allzu großen Schmerz Platz, den der Parteisekretär empfand, als hinter der ersten Karte plötzlich eine zweite zum Vorschein kam, auf der Herr Klaus Möller an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Mannheim folgenden Entschluß kundzumachte (siehe Bild 2):

daß es nicht dem bösen Willen der Post zu verdanken ist, sondern lediglich dem unerforschlichen Mischgeschick einer höheren Gerechtigkeit.

Genau, wir Sozialdemokraten sind gewissenhafte Menschen, aber wir konnten es uns trotzdem nicht verkneifen, ehe wir die Postkarte, die an die Nationalsozialistische Partei adressiert war, an Herrn Klaus Möller zurückgaben, rasch von beiden Karten Klischees herzustellen zu lassen, so daß auch unsere Leser heute an diesem großen Ereignis ihre Freude haben können. Ja, wir glauben sogar, daß auch die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, die ja bekanntlich auf die verruchte Sozialdemokratie nicht so gut zu sprechen ist, uns verzeihen wird, wenn wir ihr dieses neue Mitglied Klaus Möller erst durch diese öffentliche Bekannmachung zur Aufnahme empfehlen.

Klaus Möller, der ehrfame Spartenassistentenleiter oder Spartenassistentenleiter, der nun seinen schlaun Plan auf so schmähliche Weise durchkreuzt sieht, möge sich trösten damit, daß ja noch nicht aller Tage Abend ist und daß vielleicht doch noch ein finden wird, der ihm zuliebe eine neue Partei gründet, in der er dann solchen Ueberwärtigkeiten, wie sie ihm jetzt begegnen, nicht mehr ausgesetzt ist. Allen anderen politischen Parteien aber empfehlen wir, ihre Neuaufnahmen der letzten Tage einer Nachprüfung zu unterziehen; denn wenn Herr Klaus Möller (schade um den sympathischen Namen) schon von zwei Parteien aufgenommen sein wollte, warum kann es nicht möglich sein, daß er sein Ansuchen auch noch an einige andere Parteien weitergegeben hat?

Aber vielleicht haben die Nationalsozialisten wenigstens noch Mittel mit ihm und sehen zu, ob nicht doch noch ein geschicktes Plätzchen bei ihnen für Klaus Möller offen ist. Wir empfehlen ihn gerne weiter!

haben versucht und auf den Kopf gestellt. Solche Moralegestalten wollen die Erneuerer des deutschen Volkes sein! Schönes drittes Beispiel, dem uns diese Feststellungen zuführen!

amen als Stadträte! Und nun ist der städtische Beamte, der Stadtdirektor Erik Jäger, der auf einem besonders exponierten Posten steht, so sehr, daß in solchen Fällen selbst Vertreter des weitgehendsten Wahlrechts für die Beamten ein Prozeßzeichen machen, der richtige Mann auf dem richtigen Platz! Wie es sich trifft, die Nummer vom 22. Oktober mit den gegenteiligen Ausführungen liegt ja schon außer dem Gedächtnis! Solche Leute wollen aber ausmiffen, untern Volksparteier vor angeblicher Korruption reinigen! Sie haben jedem gesunden Geist wie leuchtend im Reichstag den Rücken zu! Möchte jeder vernünftige Wähler ihnen zu gegebenen Zeit den Schlag verfehlen, der auf ihrer Rückseite am Platze wäre!

Die Filmhetze

Warum ist der Remarque-Film anstößig?

Kein Kinobesucher weiß es zu sagen

Das württembergische Innenministerium hatte sich bekanntlich durch die Oberprüfungsbehörde verbieten zu lassen. In demselben Ministerium wurde am 12. Dezember der Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“ durch die Oberprüfungsbehörde verboten zu lassen. — darunter die Verwaltungsinstanzen, die für Filmprüfungen zuständig sind, vorgeführt wurde und daß nach der Vorzensur keine der Anwesenden in der Lage war, zu sagen, was eigentlich an dem Film Anstößiges wäre und weshalb dieser nicht genau so über die Leinwand laufen könnte, wie Dürrenmatt.

Filmhetze durch österr. Heimwehr

Wien, 16. Dez. (Via Draht.) Im Nationalrat beantragten die Heimwehrabgeordneten am Dienstag mit Rücksicht auf die drohende Verletzung der Ruhe und Ordnung die Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues“ zu untersagen. Alle bürgerlichen Parteien

unterstützten den Antrag. Der Innenminister erklärte jedoch, daß er zu dem Antrag noch keine Stellung nehmen könne, da sich zunächst der Ministerrat mit ihm beschäftigen werde.

Schweizer Zeugnis gegen nationalistische Filmhetze

Zürich, 16. Dez. (Via Draht.) Am Dienstag wurde in Zürich vor geladenen Gästen der Film „Im Westen nichts Neues“ vorgeführt. Die bürgerliche Neue Zürcher Zeitung schreibt dazu: „Wir haben den Film nach Sichten abgetastet, die deutsche Soldaten verunglimpfen. Wir haben nicht, rein nichts gefunden. Er stellt auch nicht die deutsche Niederlage dar. Nach planlos ein französisches Fahne über einer besiegten Stellung auf. Nix gehts richtig sich die Tendenz wider deutsche Soldaten, dagegen spricht er überall gegen den Krieg, wider den Deutschen, wider den französischen Krieg.“

Filmkrach im preußischen Landtag

Berlin, 16. Dez. Der Preussische Landtag führte am Dienstag eine Debatte über den Film „Im Westen nichts Neues“ durch, bei der es zu großen Vorkäufen kam. Die Sturmtruppen setzten ein, als der deutschnationale Abgeordnete Schmidt die Streikendemonstration wegen des Films als ein ereckliches Zeichen nationaler Widerstandes begrüßte. Als nach den Ausführungen weiterer Abgeordneter der Kommunist Kasper sagte, der Protest gegen den Film entpuppe nur der Wut der „Heimtreier und Stappenschweine“, verließen die Deutschnationalen den Saal. Ihre Zustimmung zum Verbot des Filmes überließen Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Fraktion.

Aus dem Gerichtssaal

Körperverletzung mit Todesfolge

Karlsruhe, 15. Dezember. Wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode stand heute der 35 Jahre alte verheiratete bisher leitende Arbeiter in Forstheim wohnhafte Malermeister Friedrich Stobbe vor dem Karlsruher Schwurgericht (Vorstandender Richterpräsident Dr. Kubmann). Bei Schilderung seiner persönlichen Verhältnisse gibt der Angeklagte an, daß er während des Krieges eine Oberheilerverletzung durch einen Granatsplitter erlitten hat. Dieser Splitter wandelte sich mit der Zeit ins Herz, so daß der Angeklagte von bisher 25 bis auf 100 Prozent arbeitsunfähig wurde. Es stellten sich bei ihm häufige Aufregungen und Nervenleiden ein. Sein Leben ist bedroht, daß er seinem Beruf nicht mehr zu arbeiten vermag. Seit 15. April 1929 ist Forstheim von seiner Militärrente von monatlich 180 M., die er nebst Frau und Kind auskommen muß. Sein einziges Einkommen — Sparsparnisse — ist erschöpft. Er hat sich in Forstheim ein kleines Geschäft in Forstheim eröffnet. Da sich der Angeklagte nicht mehr als ein gewisses Meise Bier aussuchen konnte, ließ er sich am 11. Oktober d. J., kurz vor dem 26. Jahre alten ledigen Elektrikermeister Richard Morlok aus Forstheim einen Schlag mit der Faust oder einem scharfen Gegenstand gegen den Hals verketten, durch den die Kehlkopfarter verletzt wurde, so daß Morlok drei Stunden später der erlittenen Verletzung verstarb.

Der Angeklagte bekennt sich im Sinne der Anklage schuldig. Er war nach dem Stotabend im Karl Friedrichshof gegen 12 nach Hause gegangen, quer über den Marktplatz. Vor der „Lone“ habe ihn Morlok angehalten und eine Zigarre oder für Bier von ihm verlangt. Er habe ihm eine ablenkende Antwort gegeben. Er wisse dann nichts mehr, bis ihn ein Schwere vom Boden aufhob. Er habe im ganzen Gesicht blutete. Wie später festgestellt wurde, kam es zwischen beiden, daß vorher nicht kam, zu einer Schlägerei. Als Stobbe am Boden lag, wurde er durch Morlok mit Fuhrtritten mißhandelt. Polizeibeamten beobachtete Stobbe den Täter, die Beamten riefen sofort, um wen es sich handelte. Die Beamten gingen mit Stobbe zum „Stuttgarter Hof“, wo sich Morlok aufhalten pflegte. Stobbe lag in den Gängen hinaus. Als Morlok unter dem Tisch stand, rief Stobbe: „Das ist er!“ und führte ihn an den Hals. Stobbe mit zwei Händen zu. Morlok rief:

„Ich bin erschossen worden.“ Die Beamten, die den Anruf Stobbes nicht verhindern konnten, schickten sich darauf das Verletzte an, der nach dem Krankenhaus gebracht wurde. Stobbe mußte mit zur Polizeiwache. Nach 11-tägiger Untersuchungshaft wurde er wieder entlassen. In Einzelhaft erinnerte sich der Angeklagte nicht mehr. Insbesondere weiß er nicht, daß er in die Zelle griff und etwas herauszog, das er den Angeklagten gegen Morlok führte. Wie er vom „Stuttgarter Hof“ weggehen wollte, er nicht mehr. Daß Morlok an den Folgen der Verletzung war, er nicht mehr. Der Angeklagte war, wenn mit einem solchen Ausgang hätte er nicht gehen können. Aus den Akten wird festgestellt, daß Morlok wiederholt nach acht Leute anempfehle, beleidigte und fällige Verleumdungen. Die verschiedenen Zeugen ergänzen im Einzelnen das oben geschilderte Eindrücke gemacht. Ein Zeuge hat gesehen, daß Stobbe dreimal mit den Schiefeln von Morlok getreten worden ist. Er sei recht über zugerichtet worden und habe aus dem Mund Blut gespritzt. Morlok war als Aufwirts und Fuhrführer bekannt. Der Angeklagte machte keinen betrüblichen Eindruck.

Weihnachten — Wirtschaftskrise.

Ein zeitgemäßes Betrachtung
Zwei Begriffe ganz entgegengesetzter Gefühlsauslösung, icht aber über so oft in einem Atemzug genannt.
Weihnachten — weissen Herz ist nicht voller Hoffnungen und Erwartungen?
Wirtschaftskrise — und diese Hoffnungen und Erwartungen sind schmerzhaft zunichte.
Da stellt sich zu diesen beiden Begriffen ein dritter: Teilschlachtung.
Weshalb der Leser die Zusammenhänge? Durch Teilschlachtung der wirtschaftlichen Weihnachten, durch Teilschlachtung der Teilschlachtung der Wirtschaftskrise.

Medizinrat Dr. Stengel, Bezirksarzt in Forstheim, schildert das Ergebnis des Sektionsbefundes, wonach der Tod des Morlok durch die Verletzung der Kehlkopfarter eingetreten ist. Womit diese Verletzung bewerkstelligt wurde, ließ sich beim Sektionsbefund nicht feststellen. Es sind verschiedene Schlußfolgerungen möglich. Bei der Tat des Angeklagten handelte es sich um eine Verletzung durch Morlok selbst, oder durch einen anderen, die ihm durch Morlok zugefügt worden war.

Erster Staatsanwalt v. Saffer (Forstheim) hält den Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig. Er verweise weitgehend auf die mündliche Aussage des Angeklagten. Die Minderheitsmeinung der Angeklagten mit nachfolgendem Tode seien drei Monate Gefängnis. Der Angeklagte vertritt die Ansicht, auf eine entsprechende Strafe zu erkennen.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Nagel, plädierte auf Freisprechung. Das Schwurgericht verkündete folgendes Urteil:

Der Angeklagte wird freigesprochen. Die Kosten trägt die Staatskasse. Zur Urteilsbegründung führte der Vorsitzende an: Daß der Angeklagte den getöteten Morlok körperlich mißhandelt hat, und daß diese körperliche Mißhandlung letzten Endes den Tod des Morlok verursacht hat, darüber kann kein Zweifel bestehen. Für uns war entscheidend die Frage: Hat der Angeklagte vorsätzlich gehandelt oder nicht? Das Gericht ist zu der Auffassung gekommen, daß mit Rücksicht auf die vorausgegangene und schwere Mißhandlung, die der Angeklagte durch Morlok ausgeübt wurde und mit Rücksicht auf seinen körperlich-psychischen Zustand, er sich in dem Augenblick, als er im Gange des „Stuttgarter Hofes“ Morlok gegenüberstand, sich in einem Zustand befand, in dem er nicht mehr recht wußte, was er tat und in dem er seiner nicht mehr Herr war, so daß er letzten Endes strafrechtlich für die Tat nicht verantwortlich gemacht werden kann. Daher erfolgte Freisprechung aus subjektiven Gründen. Es blieb auch nicht unberücksichtigt, daß der Getötete kein besonders wertvoller Mensch war und die ganze Sache prozessiert hatte.

An unsere Leser!

Wolle zwei Stunden vor heute früh die Stromzuführung für unsere Schmalzmaschinen unterbrochen infolge eines Defekts an der Uhr. Die aktuelle Berichterstattung mußte deshalb außerordentlich eingeschränkt werden.

Verlag und Redaktion

gekommen, daß mit Rücksicht auf die vorausgegangene und schwere Mißhandlung, die der Angeklagte durch Morlok ausgeübt wurde und mit Rücksicht auf seinen körperlich-psychischen Zustand, er sich in dem Augenblick, als er im Gange des „Stuttgarter Hofes“ Morlok gegenüberstand, sich in einem Zustand befand, in dem er nicht mehr recht wußte, was er tat und in dem er seiner nicht mehr Herr war, so daß er letzten Endes strafrechtlich für die Tat nicht verantwortlich gemacht werden kann. Daher erfolgte Freisprechung aus subjektiven Gründen. Es blieb auch nicht unberücksichtigt, daß der Getötete kein besonders wertvoller Mensch war und die ganze Sache prozessiert hatte.

Abtreibung

Im Karlsruhe, 15. Dez. Wegen gewerbsmäßiger Abtreibung hatte sich heute nachmittag vor dem Karlsruher Schwurgericht (Vorstandender Richterpräsident Dr. Kubmann) der 54-jährige verheiratete Mechaniker Friedrich Behre aus Badana, zuletzt wohnhaft in Kottensels, verantworten. Dem Angeklagten, der wiederholt wegen Abtreibung mit mehrjährigen Gefängnisstrafen vorbestraft ist, wird zur Last gelegt, Mitte Februar d. J. in Ottensheim gegen eine Bezahlung von 15 Mark und in der Zeit vom 3. bis 16. August d. J. in Kottensels und Baden-Baden an schwangeren Frauenpersonen unerlaubte Eingriffe vorgenommen zu haben. Der Angeklagte, der seit 27. August d. J. in Untersuchungshaft sitzt, bekennt sich im Sinne der Anklage schuldig. Seitens des Anklagevertreters, Staatsanwalt Dr. Keller wurde gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Jahre wegen gewerbsmäßiger Abtreibung beantragt. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Hoffmann (Karlsruhe) trat für eine mäßige Gefängnisstrafe ein.

Man hört die Einwendung: Leichtsinn, in dieser Zeit, weiß man, ob die Zeiten nicht noch schlechter werden? Nun, ein jeder hat es selbst in der Hand. Sammeln Sie sich und ändern ein:
Kaufen — kaufen — kaufen und damit Arbeit schaffen. Sie helfen sich und Ihren Mitmenschen.
Arbeitsbeschaffung — das ist das Programm, nicht allein der großen Männer an der Spitze, sondern das Programm jedes Einzelnen.
Also kaufen — kaufen — kaufen, und da das Geld nicht reicht auf Teilschlachtung kaufen, nur Arbeit schaffen!
Schon einmal im Jahre 1926 hat das Prinzip der Teilschlachtung mitgeholfen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln.
Wer also den Kreislauf Weihnachten — Wirtschaftskrise — Teilschlachtung versteht, der bleibt nicht abseits stehen und wahrlich seine und seiner Mitmenschen Interessen.

Das Schwurgericht gelangte nach eingehender Beratung zu der Auffassung, daß nicht gewerbsmäßige, sondern lediglich einfache Abtreibung vorliegt und erkannte wegen einfacher Abtreibung in zwei Fällen auf eine Gefängnisstrafe von acht Monaten, auf die drei Monate der erlittenen Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet werden. Gleichzeitig wurde auf Einziehung der zur Tat gebrauchten Spritze erkannt.

Kriminalkommissar Werner nach Bruchjal verbracht

Im Karlsruhe, 15. Dez. Der ehemalige Kriminalkommissar Karl Werner, der im Mai d. J. wegen Ermordung seiner Frau durch Arsenik am Tode verurteilt wurde und letzte Woche vom Staatsministerium zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt wurde, ist jetzt nach dem Zuchthaus Bruchjal überführt worden, um seine Strafe zu verbüßen. Vorher nahm er die Gelegenheit wahr, bei seinem früheren Chef, Kriminaloberinspektor Heis, um Vergebung zu bitten.

Schwurgericht Karlsruhe

Im Karlsruhe, 16. Dez. Wegen Meineids hatte sich heute der 22 Jahre alte Schmied Otto Ludwig Dürr aus Hochstetten vor dem Karlsruher Schwurgericht (Vorstandender Richterpräsident Dr. Kubmann) verantworten. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, in einem Unterhaltungsprozess vor dem Amtsgericht Karlsruhe als Zeuge unter Eid wahrheitswidrige Angaben über seine Beziehungen zu der 44 Jahre alten Kindsmutter gemacht zu haben. Erster Staatsanwalt Hoffmann stellte die Erkennung auf eine Zuchthausstrafe in das Ermessen des Gerichts. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hyniski, trat in erster Linie für eine Freisprechung ein. — Das Schwurgericht verurteilte Dürr wegen fahrlässigen Meineids zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Vier Monate der erlittenen Untersuchungshaft werden auf die erkannte Strafe als verbüßt angerechnet.

Gewerkschaftliches

Schiedspruch für Braunkohlenbergbau

SPD, Berlin, 16. Dez. (Via Draht.) Dienstag abend fällt die Schlichterkammer unter dem Vorsitz des mitteldeutschen Schlichters Dr. Hanschild mit den Stimmen der Arbeitgeber einen Schiedspruch über die jetzige Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau über den 1. Januar 1931 in Kraft tritt und zwar mit einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist bis August 1931. Die Erklärungsfrist für die Parteien läuft am 22. Dezember dieses Jahres ab. — Dieser Schiedspruch ist ein Skandal. Er zeigt nicht das mindeste Verständnis für die soziale Lage der Braunkohlenarbeiter. Es erscheint schon deshalb notwendig, daß der Schlichter von dem gefällten unverständlichen Schiedspruch die Begründung nicht erst nachträglich, sondern sofort der Öffentlichkeit überläßt.

Sport

Anielingen. Am 14. Dezember tagte die diesjährige Generalversammlung des Schützenvereins „Freiwillig“ im Lokal vom Volkshaus“. Leider war die Versammlung nicht so besucht, wie man es gerne gehofft hätte. Auch da haben sich die unangünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse bemerkbar gemacht, die manchem Sportschützen den Teilnahmebesuch nicht gestatten. Eingang der Versammlung wurde auf die Wichtigkeit des Tages, nämlich des fünfjährigen Bestehens sowie auf den Erfolg der Deutschen Bundesmeisterschaft die der Verein erlangen, hingewiesen, was allgemein Freude hervorrief. Anschließend erfolgte der Geschäfts- und Kassenbericht, der nach kurzen Anfragen und Erläuterungen allgemein befriedigend und der Verwaltung die Entlastung erteilt werden konnte. Der nächste Punkt der Tagesordnung: Resolutions konnte sich nicht abwickeln, da sämtliche Kosten mit Ausnahme des Schießwagens von den alten Verwaltungsmitteln beibehalten wurden. Nach Regelung verschiedener schiedsrichterlicher Fragen sowie Schiedsstandangelegenheiten wurde die Verammlung scharf kritisiert. Die Verhandlung wurde im wesentlichen durch den Vorsitzenden geleitet. Die Verhandlung wurde im wesentlichen durch den Vorsitzenden geleitet. Die Verhandlung wurde im wesentlichen durch den Vorsitzenden geleitet.

Aus der Stadt Durlach

Für die Wahlen des Stadtratsvorsitzenden, des Obmannes des Stadtratsvorsitzenden und dessen Stellvertreter, sowie des gemischten-beschließenden Ausschusses wurden von sämtlichen Bürgervereinsparteien nur je eine gemeinsame Wahlvorschlagsliste eingereicht, jedoch auf Donnerstag, 18. ds. Mts., angelegte Wahl nicht stattfinden.

Rechtsauskunftsstelle Durlach

In Zeiten wirtschaftlicher Notlage, in welchem Stadium sich die wertvolle Bevölkerung befindet, wird oft der Einzelne vor Fragen und Situationen gestellt, die es notwendig machen, Rat, Schutz und Auskunft irgendwo zu holen. Die Gefahr ist für die Betroffenen neben Ausbeutung und anderen Möglichkeiten sehr groß. Aus dieser Erkenntnis heraus, hat der Ortsausschuss der Durlacher (Schloß-Durlach) seit Monaten eine Auskunftsstelle in Durlach (Schloß-Durlach) eröffnet. In dieser Auskunftsstelle kann sich jeder unentgeltlich in allen Fragen Rat und Auskunft holen, auch werden die oft notwendigen Schriftsätze angefertigt. Die überaus rege Inanspruchnahme dieser Auskunftsstelle hat die Notwendigkeit einer solchen auf neue bestärkt. Ganz besonders seien die um Durlach liegenden Landgemeinden erneut darauf aufmerksam gemacht, von dieser Einrichtung regen Gebrauch machen zu wollen. Frühzeitige Auskunft hat schon manchen vor Schaden und Nachteile bewahrt. Die Sprechstunden finden wieder regelmäßig statt von 9-12 Uhr und 3-6 Uhr, Samstags keine. Dem Wunsch der Erwerbslosen auf dem Lande, nach der Unterstützungszahlung, die am Donnerstags nachmittag stattfindet, die Auskunftsstelle benutzen zu können soll Rechnung getragen werden.

Also kaufen — kaufen — kaufen, auf Teilschlachtung kaufen.
Und nun zu den drei Begriffen Weihnachten — Wirtschaftskrise — Teilschlachtung ein vierter:
Debege, seit Jahren die Trägerin dieses Gedankens, Debege das Kaufhaus mit Zahlungserleichterungen, Debege, der Weg aus der Einkaufsnot, Debege, ein Glied in der Kette einer großen Einkaufsmacht, Debege, das Gebot der Stunde. G. S.
Was mancher nicht weiß
Nach den Beobachtungen, die in einer Fabrik gemacht wurden, meiden Fliegen Bäume, die durch gelbe Glasfenster ihr Licht bekommen. Auch sollen sie sich in Zimmern mit blauen Wänden nicht aufhalten.
In den Vereinigten Staaten gibt es 6 500 000 Farmbesitzer.

Der Totenkampf der Freiheit

Von
Pietro Nenni



Die Bestiennatur des Faschismus



erschienen 1930 bei Verlag J. S. W. Dieckmann, G.m.b.H., Berlin.
(Alle Rechte vorbehalten)

Als ihm die Zusammenkunft von Bologna ein Mißtrauensstimmungs gab, tritt Mussolini zurück. Aber dieser Mißtrauensstimmungs nicht lange dauern. Sobald er sich allein sieht, entschließt er sich zum Rückgeben. Beim ersten faschistischen Kongress in Rom macht er seinen Frieden mit den agrarischen Gegnern des Faschismus, und als dann blutige Zusammenstöße mit der bürgerlichen Bevölkerung stattfinden, erklärt er, der Pakt wäre erfüllt und begraben.

Wenige Tage später ermorden die Schwarzhemden den Bruder Müller in Triest und den sozialistischen Führer Molteni in Cremona. Die faschistischen Strafexpeditionen werden in schärferer Form wieder aufgenommen. Und nun werden in den Straßen von Rom, von Mailand, von Florenz, die das Unwetter verkünden: „Nieder mit dem Parlament, es lebe die Diktatur!“, während jämmerliche Politiker Montecitorio in ihrer kleinen Wahlzelle weiterwuteln und sich Vorteil von dem Unheil versprechen, das auch sie treffen sollte...

13. Die sozialistische Krise

Die sozialistische Bewegung war in Italien nicht aus der Ermordung der Dinge und der Erschütterung der Geister entstanden, die der Krieg hervorgerufen hatte. Schon vor dem Krieg verfügte sie über eine nicht unansehnliche Macht. Die Kammer zählte die Partei sechsundhundert Abgeordnete. Sie hatte eine eigene Presse mit nahezu hundert Wochenblättern. Für die Organisation war die deutsche Methode vorgebildet gewesen. In der Praxis konnten die fünfzehnhundert Mitglieder bei der Generalföderation der Arbeit organisierten Arbeiterinnen und ländlichen Arbeiter zu den Machtmitteln der Partei gezählt werden. Das Genossenschaftswesen war hoch entwickelt und hatte große wirtschaftliche Bedeutung. Der Einfluß der sozialistischen Ideen war nicht auf das Proletariat beschränkt, sondern machte sich in starkem Maße in der bürgerlichen Intelligenz fühlbar. In der im Jahre 1891 von Filippo Turati begründeten „Critica Sociale“ wurde der Marxismus populärisiert und seine Methode wurde auf die gesellschaftlichen Erscheinungen angewandt, was auch auf die eingewurzelten intellektuellen Gewohnheiten des Bürgertums erneuernd und verjüngend wirkte.

Während des Krieges hatte die sozialistische Partei die Idee des Internationalismus hoch gehalten, die man in anderen Ländern eingezogen hatte. Auf den Tagungen von Brindisi und Zimmerwald war ihr eine führende Rolle zugesprochen, die ihr die Reaktion nie verzeihen sollte.

Nach dem Kriege erfolgte die Entfaltung des Sozialismus in ähnlicher Weise. Hatte er im Jahre 1914 nur fünfzigtausend Mitglieder, so wies das Jahr 1919 deren zweihunderttausend auf, während gleichzeitig die Generalföderation der Arbeit von einer halben Million auf zwei Millionen Mitglieder anstieg. Die parlamentarische Fraktion wurde in den Jahren verdreifacht, und die Zahl der von der sozialistischen Partei vermittelten Kommunen, die vor dem Krieg nur wenige Hundert betragen hatte, wuchs jetzt auf über zweitausend. Gleichzeitig entwickelte sich im Proletariat jenes stolze Selbstvertrauen, das sich den leitenden Aufgaben gewachsen fühlte, der Arbeiterklasse hatten, jenes Selbstvertrauen, das eine eigenartige Form des Klassenbewußtseins ist.

Damals ergaben sich gleichzeitig zwei grundlegende Probleme: Wo würde man genug politisch erfahrene Menschen finden, um die zum Sozialismus störende Masse zu organisieren und innerlich unserer Sache zu gewinnen? Welche gesellschaftliche Aufgabe sollte sich unsere Bewegung stellen? Der Mangel an führenden Elementen war daran schuld, daß Demagogie ohne Erfahrung und ohne sozialistische Bildung eine so große Rolle spielen konnten. Jede Stadt, jedes Dorf hatte seinen Lenin in Miniaturausgabe. Das war zu der Zeit, wo man, nach einem Wort Serratis, alle Fragen mit „Soße der proletarischen Diktatur“ servierte und wo jede Partei, die die Errichtung einer Beherrschungsinstanz verlangte, dabei auf die Diktatur des Proletariats berief.

Wir erlebten die magische Kraft einer Formel, den Zauber der russischen Revolution ausging, die jedoch unter wirtschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen herangereift war, mit denen die Lage Italiens nichts gemein hatte.

Im Oktober 1919 hielt die Partei in Bologna ihren ersten Parteitag nach dem Kriege ab. Die Situation war damals durch außerordentlich. Man vergessenermaßen sich die Krise des Staates, den Aufbruch in der Armee, die tiefe Erschütterung in ganz Europa, die unermeßlichen Schwierigkeiten, die über Sieger und Besiegte hereingebrochen waren, die Vorzeichen der großen wirtschaftlichen Krise! Das alles schien die Arbeiterklasse zu den größten Hoffnungen zu berechnen. Und in der Tat bot der Parteitag das Bild großer Begeisterung, der in der ganzen Stadt fühlbar war.

Aus den Worten der Redner sprach ein fast mystisches Verlangen auf die Revolution als der gerechten Antwort des Proletariats auf das Verbrechen des Krieges. Alte Parteimitglieder, wie Serrati, junge, wie Bordiga, wandten ihren Blick nach Moskau, um in dem russischen Beispiel das Ziel zu sehen, auf das sie das italienische Proletariat verweisen wollten. Leider holten sie aus Moskau nur die Formeln und das gewaltige Beispiel des revolutionären Wirklichkeitsbewusstseins, den die russische Bewegung bot.

Auf dem Parteitag fanden sich nur zwei Männer, die jenen Blick der Gewalt zurückwiesen, der aus den Worten und aus dem Verhalten sprach. Es waren Filippo Turati, der von der Partei keine Waffen zu liefern, und Costantino Lazzari, obwohl er die intransigenteste Linke der Arbeiterklasse vertrat, dem Parteitag zurück: „Wenn Sie ihre heutigen Ziele in Worten umsetzen, werden fürchterliche Tage über die Partei hereingebrochen.“

Die italienische Partei gab sich in Bologna neue Leitsätze, die ganz unter der Herrschaft leninistischen Geistes standen. In ihnen hieß es unter anderem: „In Ermüdung der Tatkraft, die noch nie eine herrschende Klasse auf ihre Vorherrschaft verzichtet hat, ohne durch Gewalt dazu gezwungen zu sein,“

letztlich zur Verteidigung und zur Eroberung der Macht der Gewalt nicht entzogen kann, und betont die Notwendigkeit, die Massen moralisch und materiell auf diesen Kampf vorzubereiten.“ Weiter hieß es, „daß die Werkzeuge der bürgerlichen Herrschaft (Staat, Parlament, Gemeindeverwaltung) in keiner Weise zu Organen für die Befreiung des Proletariats umgestaltet werden können“, und daß „nur die Diktatur des Proletariats zur Beseitigung der Klassen und dadurch zur Errichtung des Sozialismus führen kann.“

Sobald es sich nun darum handelte, von der Theorie zur Praxis überzugehen, erwies es sich, daß der Buchstabe der angenommenen Resolution über den Geist und die revolutionäre Fähigkeit einer Partei hinausging, die in der Atmosphäre eines paternalistischen Liberalismus groß geworden war. Während die Massen die Straße und die Fabriken besetzten, verbrachten die Führer ihre Zeit mit Diskussionen über die Taktik, in denen ihre ihre Unentschlossenheit Ausdruck fand.

Was die Bourgeoisie betrifft, so kannte die keine Unentschlossenheit oder Strupel. Zwei Gruppen, nämlich die Agrarier und die Reder, die beide in ihrem Wirtschaftsgelände die gewaltigen Fortschritte der proletarischen Genossenschaftsbewegung erfahren hatten, übernahmen die Führung der anti-sozialistischen Offensive. Da jede sozialistische Bewegung in ihrem Vorwärtsschreiten mit Notwendigkeit zahlreiche Interessen verleiht, bildete sich der Block der Arbeitergegner ganz von selbst. Gewisse taktische Mißgriffe unserer Partei, besonders gegenüber den Heimkehrern und einigen Schichten des Kleinbürgertums, trugen dazu bei, diesen Block zu festigen und zu vergrößern, dem ohnehin die junge bürgerliche Intelligenz ihren patriotischen Feuereifer und die verarmten Angehörigen des Bürgertums ihre Illusionen und ihren Haß gegen den befehlsgelassenen Arbeiter zuführten.

In der Tat fand man in Vercelli, wo im nächsten Jahre der Parteitag zusammentrat, eine gänzlich veränderte Situation vor. Zahlenmäßig war die Partei unermindert: 216 327 Mitglieder, Auflage des „Avanti“ 300 000 Exemplare, 156 Abgeordnete, 2162 sozialistisch verwaltete Gemeinden und 26 Provinzen. Aber unter dieser scheinbaren Macht wurde die sozialistische Partei von einer schweren Krise unterwirft. Der Widerspruch zwischen ihren Worten und ihren Taten, die Unfähigkeit, aus dem Gewirr der Formeln zur Aktion überzugehen, die schließliche Versärfung der Gegenfrage — all das hat viel mehr zur inneren Zerkleinerung der Partei beigetragen als die sozialistische Offensive. Nur die Aktion kann einer großen Partei Einheit geben; das ewige Diskutieren schwächt und entmuttert.

Und dann kam die Spaltung. Gerade in dem Augenblick, wo die sozialistische Partei des moralischen Kräfte ihrer Einheit und ihrer Ueberlieferungen am meisten bedurfte, sollte sie sich spalten. Moskau forderte die vorbehaltlose Annahme der berühmten einundzwanzig Punkte, um die damals so viel Tinte geflossen ist. Außerdem forderte es die Ausschließung des reformistischen Flügels aus der Partei.

Es folgten leidenschaftliche Diskussionen. Die Aufmerksamkeit der Genossen wurde auf innere Fragen gelenkt, die schließlich doch nebensächlich waren. Linke, Zentrum und Rechte gaben einander gegenseitig die Schuld für die Schwierigkeiten der Situation. Da der Parteitag sich weigerte, die Rechte auszuscheiden, erklärte die äußerste Linke ihren Austritt und konstituierte sich als kommunistische Partei. Damit waren dem Wirrwahl und dem Unheil die Tore geöffnet. Hunderttausend der bisherigen Mitglieder erneuerten ihre Mitgliedskarte nicht. Zwischen den beiden Arbeiterparteien entbrannte eine Polemik von unerhörter Heftigkeit. Es bot sich das vielleicht noch nie dagewesene Bild einer großen Partei, die sich angesichts des Angriffs durch einen erbitterten Feind spaltete und dem Gegner durch ihren inneren Hader Vorlauf leistete.

Seit dem Januar 1921 verfiel die sozialistische Bewegung Italiens von einer Krise in die andere. Die Unfähigkeit, die sie angesichts einer möglichen Revolution an den Tag gelegt hatte, wurde noch größer, als es galt, sich auf die Verteidigung der politischen Rechte und Freiheiten zu beschränken und das Problem eines etwaigen Eintritts in die parlamentarische Koalition oder in die Regierung zu lösen. Um gerecht zu sein, muß man hinzufügen, daß die Partei als möglichen Partner die erbärmlichsten politischen Gruppen vor sich hatte.

Die Polemik der sozialistischen Richtungen untereinander war nachgerade chronisch geworden. Sie griff vom Parlament auf die Presse über, von der Presse auf die Parteiorganisation, um dann von diesen wieder zum Parteitag aufzukehren und zu den Tagungen der Generalföderation der Arbeit. Das Fortschreiten des faschistischen Angriffs, die Bedrohung des konstitutionellen Staates, die in manchen Schichten des Bürgertums zutage tretende Besorgnis wurden von der Rechte unserer Partei zugunsten einer parlamentarischen Koalitionspolitik gegen den Faschismus ins Feld geführt.

Unter den Erinnerungen meines politischen Lebens wüßte ich keine, die sich mir tiefer eingepägt hätte als die der Tagung des sozialistischen Nationalrates, die in Rom im April 1922 stattfand. Ich war soeben zum Chefredakteur des „Avanti“ ernannt worden. Die Lage war außerordentlich ernst. Das Proletariat hatte seine „verwüsten Provinzen“, deren Umfang von Tag zu Tag zunahm. Nur in den norditalienischen Industriefabriken hielt sich die Arbeiterkraft in ihren Stellungen. Die Parlamentsfraktion befand sich in einer Art latenten Aufstandes gegen den Parteivorstand, was wenige Monate später, kurz vor dem Marsch auf Rom, zu einer neuen Spaltung führen sollte.

Was war zu tun?

Das Problem befand eine tragische Dringlichkeit. Zwei Tage lang prallten in einem trüben Saal der Via del Seminario die Auffassungen und die Leidenschaften aufeinander. Modigliani, der heute als Emigrierter in Paris lebt, trat mit glühender Beredsamkeit für die Notwendigkeit ein, daß unsere Parlamentsfraktion mit allen Mitteln, sogar durch Eintritt in eine antifašistische Regierung — deren Zustandekommen ihm freilich selbst als sehr schwierig erschien — die Wiederherstellung normaler Verhältnisse im Lande herbeizuführen und die Abrüstung der faschistischen Kampfmittel erzwingen.

Serrati, der noch der Führer der allerdings erschütterten Mehrheit war, konnte sich nicht entschließen. Er erwog das Für und Wider des Vorschlags der Parlamentsfraktion in langem und schwerem Grübeln. Er setzte keinerlei Vertrauen darauf, daß sich in diesem Parlament eine handlungsfähige Mehrheit bilden könnte. Nach seiner Ansicht war ein Verzicht in dieser Hinsicht bereits gemacht worden, und er war mißlungen. Von der Möglichkeit eines Eintritts von Sozialisten in die Regierung wollte er nichts wissen.

„Wenn wir in eine bürgerliche Regierung eintreten, so bedeutet das das moralische Ende der Partei. Man kann auf dem Boden der Gewalt und der Macht besiegt werden. Das würde nur eine vorübergehende Krise sein, nach der wir uns wieder erheben würden. Aber wir werden uns nie wieder erheben, wenn wir dem Feinde in prinzipiellen und ideellen Dingen weichen.“

Was tun? Die Vertreter der „verwüsten Provinzen“ waren zugegen, Arbeiter und Bauern. Sie sprachen nicht als Politiker, sondern als Arbeiter und Opfer. Sie sprachen von ihrer Qual, ihrer Not, dem moralischen Jammer ihrer Situation, von den Demütigungen ihrer Frauen und Kinder, von der wachsenden Frechheit der Arbeitgeber. „Rettet uns!“ Das war das Leitmotiv all ihrer Reden.

Man beschloß also die offizielle Beteiligung der Parlamentsfraktion an einem Generalfest, dessen Vorbereitung dem „Bund der Arbeit“ anvertraut wurde, der alle Arbeiterorganisationen zur Verteidigung der politischen Rechte zusammenfachte.

14. Die Jämmerlichkeit des Parlaments

Am 16. Februar 1920 trat das Ministerium Bonomi, das vor acht Monaten die schwere Regierungserbschaft Giolittis angetreten hatte, vor die Kammer, um ein Vertrauensvotum zu fordern. Dasselbe Ministerium war am 2. Februar auf Grund eines außerparlamentarischen Zwischenalles zurückgetreten, aber jeder Versuch, die Krise durch Bildung eines neuen Kabinetts zu lösen, war gescheitert. Die katholische Volkspartei hatte gegen die Rückkehr Giolittis ihr Veto eingelegt, der Kammerpräsident de Nicola war nicht imstande gewesen, die zahlreichen Gruppen und Untergruppen der Mehrheit in einem Ministerium zu vereinigen. Der frühere Ministerpräsident Orlando hatte nicht mehr Glück, so daß der König Bonomi veranlaßte, wieder vor die Kammer zu treten, um einen politischen Fingerzeig für die Lösung der Krise zu erlangen.

Die Kammerdebatte spiegelte die allgemeine Verwirrung wider. Der Fraktionsredner der Sozialisten zeigte die einzigen offenkundigen Wege. Man mußte entweder einen letzten Versuch zum Frieden machen, auf der Grundlage freier Entwicklung aller Kräfte des Landes, oder den Weg zur Diktatur einschlagen. Er verknüpfte weiter, daß die sozialistische Fraktion einstimmig beschloß, ein Ministerium zu unterstützen, das die Rückkehr des Landes zu Gerechtigkeit und Ordnung ernstlich durchzuführen entschlossen war.

Man hätte meinen sollen, daß unter dem Eindruck der faschistischen Gewalttaten die Kammer sich für den friedlichen Weg entscheiden mußte. Sie hatte wahrhaftig keine Zeit zu verlieren, wenn sie ihre Ehre und ihr Prestige retten wollte. Aus Haß gegen den Sozialismus hatte sie seit beinahe einem Jahr gebuddelt, daß eine bewaffnete Fraktion sich die Befugnisse des Staates anmaßte. Jetzt galt es Einhalt zu gebieten oder abzudanken.

Die Bevölkerung wartete mit Ungeduld, wenn auch mit wenig Hoffnung auf eine Entscheidung. Sie hatte schon einmal ihr Vertrauen auf Bonomi gesetzt, auf den früheren Sozialisten, den Erben des Gedanken Bisolatis, und hatte darauf gewartet, die Staatsautorität wiederhergestellt zu sehen. Aber die Regierung Bonomi war im Opportunismus versumpft und hatte vor den bewaffneten Banden des Faschismus kapituliert, die sich in einem Telegramm an den Ministerpräsidenten anheißig machten, eine Liste der hohen Zivil- und Militärbeamten zu veröffentlichen, von denen sie zu ihrem Angriff auf den Sozialismus moralische und materielle Hilfe empfangen hatten.

Ein Staatsmann, der in dieser entscheidenden Stunde, wo alle Schichten der Gesellschaft müde und erschöpft waren, dem Bürgerkrieg ein Ende gesetzt hätte, wäre zu einer ungeheuren Autorität gelangt. Aber keiner der parlamentarischen Führer der Mehrheit hielt seine Stunde für gekommen. Und jeder suchte sich der sofortigen Aufgabe zu entziehen. Daher keine Klarheit in der Debatte, keine Klarheit in der Entscheidung der Fraktionen. Es ging so weit, daß in derselben Abstimmung, die das Ministerium Bonomi stürzte, die Kammer, von den Faschisten bis zu den Sozialisten, einstimmig für eine Tagesordnung eintrat, in der die Notwendigkeit gegenseitiger Verständnisses der Klassen, der Freiheit der Arbeit, des Koalitionsrechtes und das Recht der Arbeiterklasse betont wurde, im Staat und in der Fabrik eine ihrer sozialen Bedeutung entsprechende Stellung einzunehmen. Ein einstimmiges Votum gegenüber einer Situation, die gebieterisch eine Entscheidung zwischen rechts und links forderte, kann immer nur Ausdruck und Quell der Konfusion und der Zweideutigkeit sein.

In der Tat erwies sich die nun folgende Krise als noch verwerflicher als die vorhergehende, und sie stellte die moralische Jämmerlichkeit des Parlamentarismus in grelles Licht. Freigebigkeit, Eiferfucht, Unfähigkeit, niedrige Gesinnung, das waren die Eigenschaften und Gefühle, die zutage traten. Die herrschende Klasse Italiens war, natürlich mit persönlichen Ausnahmen, in voller moralischer Zerkleinerung. Sie hatte keinerlei Bewußtsein der Gefahren, die die Nation bedrohten. In ihrer Mittelmäßigkeit vermochte sie es nicht, sich über die kläglichen persönlichen Jäntereien und Eiferlüchteleien zu erheben und zu einem Ueberbild über die Krise des Landes zu kommen und über die Mittel ihrer Lösung. Das Land brauchte einen Mann als Regierungsoberhaupt. Statt dessen bot die Mehrheit einen Herrn Facta an, einen lächerlichen und grotesken alten Mann, der geistig und körperlich eine Karikatur der Autorität war.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine bad. Chronik

Der Selbstmörder festgesetzt

23. Kastatt, 16. Dez. Die Leiche des bei der Einfahrt zum Bahnhof Kastatt auf dem Gleis tot aufgefundenen jungen Mannes ist nunmehr als die des 27 Jahre alten Anton Sirtz aus Heimbach festgestellt worden, der anscheinend den Tod aus Schwermut gesucht hat. Sein Fahrrad lag abseits im Walde.

Schwere Verbrennungen

Korf. Der 27 Jahre alte Georg Reimann von hier wollte im Holzwerk im Straßburger Rheinhafen den Kessel anzünden. Darin hatten sich Gase angesammelt, plötzlich schlug eine Stichflamme aus der Heizung heraus und verbrannte dem Arbeiter das Gesicht so schwer, daß er sofort nach der chirurgischen Klinik überführt werden mußte.

Familientragödie — 3 Tote

W. F. Freiburg, 16. Dez. In einem Hause der Möslestraße wurde der 53jährige Kleinfeld Wittig, seine 40 Jahre alte Ehefrau und ihre 13jährige Knabe in den Betten erschossen aufgefunden. Die Schüsse wurden gegen halb 8 Uhr morgens von Mitbewohnern des Hauses gehört, die die Kriminalpolizei verständigten. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß Selbstmord infolge wirtschaftlicher Notlage vorlag. Die etwa 6 bis 10 Jahre alte Tochter, die bei Verwandten untergebracht war, erlitt dadurch dem traurigen Geschick. Wittig zeigte für eine auswärtige Kaffeehandlung und war in letzter Zeit durch schlechten Geschäftsgang in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

Schlägerei nach einem Tanzergnügen

Mannheim, 15. Dez. In der Nacht zum Sonntag kam es in einer Wirtschaft in Feudenheim im Laufe eines Tanzfranzöschens zwischen Mannheimer Teilnehmern und Feudenheimer Besuchern zu einer Schlägerei, wobei einer der Besuchern mit einem Stuhl einen Schlag auf den Kopf erhielt, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Nach Schluß des Französchens entstand zwischen den Mannheimern, die mit der Straßbahn wegfahren wollten, und einigen Feudenheimer Besuchern, die sich beim Schützenhaus aufhalten wollten, zu einem neuerlichen Zusammenstoß, wobei von beiden Seiten mit Fäusten geworfen wurde. In dem Straßbahnhof wurde eine Scheibe eingeworfen. 16 Personen von beiden Parteien wurden zur Namensfeststellung und zur Ermittlung des Sachverhalts verhaftet.

Heidelberg. Bei Bauarbeiten am Riefenstein glied der Arbeiter Wilhelm Müller von hier aus und stürzte eine hohe Felswand herunter, wobei er sehr schwere Verletzungen erlitt.

Wilhelmsfeld (Amt Heidelberg). Beim Spielen mit einem Fußball schlug ein 13jähriger Knabe seinem Spielfameraden mit dem Bein die Hand in der Knieschlinge glatt durch.

Weinheim. Der 70jährige Tagelöhner Valentin Mertel in Rühlshausen beging Selbstmord durch Erhängen. Die Ursache der Tat war Schwermut, bedingt durch einen Unfall, der ihm vor einiger Zeit zugefallen war.

Weinheim. Der 70jährige Tagelöhner Valentin Mertel in Rühlshausen beging Selbstmord durch Erhängen. Die Ursache der Tat war Schwermut, bedingt durch einen Unfall, der ihm vor einiger Zeit zugefallen war.

Vorbach (Kreis Mosbach). Ein 13jähriger Knabe hantierte mit einem Sprengkörper, den er gefunden hatte. Der Sprengkörper entzündete sich und verletzte den Knaben an den Händen erheblich.

Jell a. S. Vor einigen Tagen wurde auch hier eine Ortsgruppe der Kaspipartei ins Leben gerufen. Diese „Partei“ nennt sich zwar Arbeiterpartei, aber auch hier sind es kaum einige Arbeiter, die den Demagogen ins Garn gehen. Ein Arbeiter, der noch klaren Verstand hat, muß sich ohne weiteres sagen, daß dieses Gebilde nichts anderes ist, aber nur keine Arbeiterpartei. Wie kann denn eine solche Partei die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, wo doch in der ganzen Führung der Partei nur Fabrikanten, Offiziere und sonstige bürgerliche Leute vertreten sind. Die Arbeiter werden nur als Stimmvieh betrachtet. Eine traurige Feststellung ist, daß auch hier die meisten Arbeiterwerber und Geschäftsleute mit dieser Partei sympathisieren. Der Arbeiterschaft ist ans Herz zu legen, ihre Konsequenzen zu ziehen. Sie kann mit diesen Arbeiterfeinden nichts zu tun haben.

Jell a. S. Die Arbeiterzeitschrift, der Volksfreund, liegt in folgenden Wirtschaften und Geschäften auf: Gasthaus zum Bären, Gasthaus zur Linde, Gasthaus zum Babilion Hof, Gasthaus zur Heide, Gasthaus zum Kesselfeld, Gasthaus zum Bräuer, Gasthaus zum Jahnke, Gasthaus zum Kesselfeld, Gasthaus zum Bräuer, Gasthaus zum Jahnke, Gasthaus zum Kesselfeld, Gasthaus zum Bräuer, Gasthaus zum Jahnke.

Heidelberg (Amt Millheim). In der Nacht zum Montag schob sich der 22 Jahre alte Schneider Friedrich Steinger eine Kugel in den Kopf. Er wurde bewußtlos ins Wilhelmsfelder Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist sehr bedenklich. Man nimmt an, daß er aus Verzweiflung über seine Arbeitslosigkeit den Selbstmord versuchte.

Geltungsbauer der Arbeiterkassafahrten an Weihnachten. Mit Rücksicht auf den Dreikönigstag (6. Januar) wird die Geltungsbauer der vom 20. bis 31. Dezember gelassen. Arbeiterkassafahrten bis zum 7. Januar 1931 einschließlich verlängert.

Personalveränderungen der Justiz. Ernannungen wurden: Erster Staatsanwalt Dr. Pfeifer in Karlsruhe zum Landgerichtsrat bestellt, Amtsgerichtsrat Dr. Eichenauer in Freiburg zum Ersten Staatsanwalt in Karlsruhe, Staatsanwalt Dr. Trunt in Mannheim zum Amtsgerichtsrat bestellt, Staatsanwalt Daas in Mannheim zum Amtsgerichtsrat in Engen; veretzt wurde Amtsgerichtsrat Mohr in Engen nach Freiburg, auf Ansuchen entlassen: Landgerichtsrat Dr. Höft in Karlsruhe.

Das Kartenspiel „König“ ist ein Glücksspiel. Das Kartenspiel „König“ ist als Glücksspiel anzusehen. Die Polizei macht die Anheber von Gaststätten sowie Gastwirte darauf aufmerksam, daß dieses Spiel in ihren Lokalen nicht dulden dürfen, sie setzen sich mit der Einführung eines Strafverfahrens wegen Glücksspiels auseinander. Auch macht sich jede Person strafbar, die sich an einem Glücksspiel in einem öffentlichen Lokal beteiligt. Als öffentlich veranlagt gelten auch Glücksspiele in den Vereinen und in geschlossenen Gesellschaften, in denen Glücksspiele gewohnheitsmäßig durchgeführt werden.

Dereinsanzeigen

Der 3. u. 4. Jell...
Karlruhe
Karlruhe
Karlruhe

Phantastie und Wirklichkeit

Mitte letzter Woche brachten badische Blätter, auch der „Volksfreund“ folgende Meldung:

Ein Auto in den Rhein gefahren.

Wintersdorf, Amt Kastatt, 11. Dez. Wie jetzt erst bekannt wird, fuhr Sonntag nacht ein mit zwei Herren und zwei Damen besetztes Auto aus Baden-Baden am fog. Sabred 200 Meter oberhalb des Strambotels bei starkem Nebel direkt in den Rhein. Ein Herr konnte sich durch Abklimpern vor dem nassen Element retten, während die übrigen drei Fahrgäste mit einem kühlen Bad vorlieb nehmen mußten. Nur der Besonnenheit des Führers ist es zu verdanken, daß ein größeres Unglück verhindert wurde. Das Auto ist verloren.

An sich also keine weitererschütternde Begebenheit! Nicht-Auto-fahrer lästert so etwas nicht. — Die Meldung ging aber auf Reichen, Kam nach Berlin. Und von dort lehrte sie am Montag wieder zurück. Und sah nun so aus:

Selbsttätige Rettungstat des Fahrers.

Nach einer Meldung aus Berlin raste gegen Abend ein Auto, das von Heidelberg nach Baden-Baden unterwegs war, in dem dichten Nebel in den Rhein. Der Fahrer versank sofort auf den 6 Meter tiefen Grund des Stroms. Dem Chauffeur gelang es mit übermenschlichen Kräften, unter dem Wasser die Schlüssel zu erfassen und die beiden Insassen des Autos, zwei Damen, aus dem Wagen zu befreien und lebend an die Oberfläche zu bringen.

Kapitän Winston's Seelöwe im Colosseum-Karlsruhe sind gescheit. Das Kunststück des Chauffeurs bringen sie doch nicht fertig. Selbst wenn sie die Phantastie des Journalisten beäßen, der den Witz nach Berlin gesandt hat.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Bei Luftzufuhr aus Osten herrscht bei uns gegenwärtig trodenes Wetter. In tiefen Lagen trat heute Nacht anhaltend leichter Frost auf. Auch morgen wird es voraussichtlich höchstens vereinzelt zu Schneefällen kommen.

Voraussetzliche Witterung für Donnerstag, den 17. Dezember: Fortdauer der kalten Witterung bei östlichen Winden, vorerst keine nennenswerten Schneefälle.

Wasserstand des Rheins

Basel 70, gest. 7; Waldshut 255, gest. 4; Schutterinsel 126, gest. 4; Rehl 273, gest. 4; Mainz 461, gest. 2; Mannheim 397, gest. 1 Zentimeter.

Gemeindepolitik

Die Bürgersteuer in Pforzheim abgelehnt

Die erste Sitzung des neuen Bürgerausschusses wurde vom Oberbürgermeister Gündert mit einer Ansprache eröffnet. Einziger Punkt der Tagesordnung war die Vorlage auf Einführung der Bürgersteuer, die in namentlicher Abstimmung mit 63 gegen 33 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt wurde.

Bürgerausschüßitzungen

Grözingen Die Nazis bleiben der Sitzung fern

Allgemein hat der Ausgang der Gemeindepolitik in Grözingen Beachtung gefunden und in den Reihen der Parteimitglieder und -Genossen an der Gemeindepolitik lebhaftes Interesse erweckt. Nächst vor Beginn der Sitzung war der Rathausaal bis zu 95 Prozent von Seiten unserer Anhänger besetzt, die in musterhafter Ordnung der lebhaften Sitzung beiwohnten. Die sozialdemokratische Fraktion war vollständig erschienen, während auf der anderen Seite ein kleines Häuflein unentwegter, von der fast zur Untermöglichkeit gewordenen Wahlkampfzeit und kein Freund zogen es vor, von der Sitzung fernzubleiben. Die Nazis entschuldigten sich mit einer ganz naiven Erklärung, die selbst in den Reihen ihrer Wähler kein Verständnis fand, ja sogar als Unzulässigkeit aufgefaßt wurde. Sie erklärten schriftlich, an der Sitzung nicht teilnehmen zu können, solange die angeordnete Wahl vor dem Bezirksrat nicht seine Erledigung gefunden hat. So ungefähr lautete die bedeutungslose Erklärung. Doch ganz andere Dinge fielen zum Abschneiden der Nazis eine große Rolle, die selbst ihre eigenen Reihen in Grözingen zum Wanken brachten. Der Wahlkampf der Nazis wurde gerade drei Tage vorher im Reichstag entlarvt, wo ihr Redner Sprenger, seines Reichens Volksredner, gerade das Gegenteil in bezug auf die Pensionen und Gehaltsfrage behauptete, was man den Wählern vorzuziehen sollte.

Punkt 7 Uhr am Freitag den 12. Dezember konnte Genosse Bürgermeisterstellvertreter Kurz mit einer kühnen Ansprache die Sitzung eröffnen. Die Tagesordnung umfaßte 3 Punkte. Der erste Punkt, Aufnahme eines Darlehens zur Herstellung eines Waldwegs, der als Notstandsarbeit ausgeführt werden soll, fand einstimmige Annahme. Die Zahl der ausgesetzten Erwerbslosen in Grözingen ist sehr groß und wird täglich größer. Sehr schlimm sind die Verhältnisse bei den ausgesetzten Familienältesten, die ohne jede Warmittel ihr hartes, sorgenvolles Leben fristen müssen. Es muß Aufgabe aller Gemeindevorstände sein, Mittel und Wege zu finden, um einermöglichen den Verhältnissen gerecht zu werden. Der zweite Punkt, Erhöhung der Gemeindefürsorge, wurde mit 4 gegen 35 Stimmen abgelehnt.

Der dritte Punkt der Tagesordnung, Gemeindevoranschlag 1930-31, nahm längere Zeit in Anspruch, in der eine Reihe verschiedener Fragen geführt, besprochen und erledigt wurden. Der Kostenvoranschlag ist das Produkt einer jahrelangen künstlichen Senkung der Umlage, die in unverantwortlicher Weise von der vereinigten bürgerlichen Fraktion betrieben wurde. Im Vorjahr wurde nach längerem Kampf der Umlagefuß künstlich gesenkt von 125 auf 108 Pfennig, obwohl der wirtschaftliche Rückgang eher eine kleine Erhöhung erfordert hätte. Diese künstliche Senkung im Vorjahr hat mit zur Folge eine erhebliche Steigerung der Gemeindefürsorge für das laufende Jahr, die auf 150 Pfennig festgesetzt ist. Gewiß ist es notwendig, dort zu sparen, wo es notwendig ist und sein muß. Andererseits sind wir genötigt, alle neu erschlossenen Steuerquellen in Anspruch zu nehmen, um die Ausgaben für Gesundheits-, Wohlfahrts- und Armenpflege decken zu können, um aber auch den Erwerbslosen einermöglichen Hilfe zu bringen. Eine weitere Erhöhung der Umlage ist aber gegenwärtig für die Steuerzahler kaum tragbar. Wenig laufende Mittel haben den kleinen Anbittlergemeinden zur Verfügung, die Steuerfaktoren gehen fast jedes Jahr zurück, so daß alles verfügbare Geld der Wirtschaft zugeführt werden muß, um mit aller Energie die außerordentlichen Verhältnisse meistern zu können. Die Bürgerlichen haben einmal

den Fehler gemacht, die Umlage künstlich nieder zu halten, für uns erwächst die Aufgabe, die Gemeinde in aller Ruhe und Sachlichkeit wieder geordneten Verhältnissen entgegenzuführen. Der Kostenvoranschlag wurde mit 6 gegen 33 Stimmen angenommen.

Zum Schluß gab Genosse Bürgermeisterstellvertreter Kurz ein Schreiben des Gemeindevorstandes Lichtentfels bekannt, der seinen unbegründeten Rücktritt fordert, dem nicht entsprochen wurde. Mit Stolz können wir behaupten, daß doch endlich wieder einmal eine Sitzung stattgefunden hat, in der der Geist des gemeinsamen Schaffens zum Wohle der Gesamtgemeinde in den Vordergrund trat.

Berghausen

Am Freitag den 12. Dezember fand die erste Sitzung des neugewählten Bürgerausschusses statt. Zur Tagesordnung stand folgendes: 1. Erlassung einer Wasserbezugsordnung und Festsetzung der Wasserinsgebühren, 2. Durchführung von Rasenarbeiten und Aufnahme eines Kapitals von 12000 M hierzu, 3. Festsetzung der neuen Waagegebühren, 4. Ankauf eines Grundstücks im Gemann „Neuere Krautgärten“.

Nach der Begrüßungsansprache des Herrn Bürgermeisters stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag auf Beratung ihres Antrags betr. Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an ausgesetzte Erwerbslose. Die Abstimmung ergab die Annahme der Beratung am Schluß der Tagesordnung. Auch gab der Vertreter der Kommunisten sowie der Bürgerpartei eine mehr oder weniger seitliche Erklärung ab.

Bei Punkt 1 der Tagesordnung verfiel der gemeinderätliche Vorschlag wegen Festsetzung der Wasserinsgebühren der Ablehnung. Annahme fand mit großer Mehrheit der Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion, der eine isolierte Stellung des Wasserinsgebührens vorzieht. Punkt 2 gab Anlaß zur Kritik wegen der Art der Submissionsvergabe. Nach längerer, zum Teil erregter Debatte fand auch dieser Punkt einstimmige Annahme. Die Neufestsetzung der Waagegebühren wurde ohne Debatte genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung wurde in allen Lagern der Kritik unterzogen. Die bürgerliche Fraktion wollte im Interesse der Gemeinde sparen wegen 180 M aus dem Grundstücksfonds. Die Kommunisten dagegen vermuteten in der Sache ein Geschäft für die Inspektoren. Trotzdem wurde auch der Punkt angenommen. In der nun einsetzenden Debatte über unseren Antrag betr. Weihnachtsbeihilfe an ausgesetzte Erwerbslose, der besagt, daß Verarbeitete 10 M und Ledige 5 M von der Gemeinde in Geld oder Naturalien erhalten, fand bei allen Fraktionen Zustimmung. Beschlossen wurde, der Notgemeinschaft so viel ausuleiten, daß diese Sätze zur Ausschüttung gelangen können.

Die erste Sitzung ist vorbei. Sie hat bewiesen, daß es der sozialdemokratischen Fraktion vorbehalten blieb, praktische Arbeit am Wohle der Gemeinde zu leisten. Genossen, die erste Schlacht ist herrlich geschlagen. Trich ans Werk zu neuen Kämpfen und erfolgreicher Arbeit.

Gemeinderatsbeschlüsse

Söllingen (Sitzung vom 11. Dezember)

Mit herzlichem Worten begrüßte der Bürgermeister das neugewählte Kollegium mit einem Hinweis auf seine Rechte und Pflichten und bittet, allesamt das Wohl der Gemeinde im Auge zu haben. Eine Anzahl bezirksamtlicher Verfügungen liegen vor. Hervorgehoben sei insbesondere diejenige über die Verordnung des Reichspräsidenten in Sachen Bier- und Kopfsteuer in Verbindung mit dem zukünftigen Voranschlag. Ein vom Gemeindevorstand auf vorstehende Verfügung bezugnehmendes Schreiben ist ebenfalls Gegenstand längerer Aussprache. — Des weiteren wird beschlossen, der erneuten Anregung des Bezirksamts betr. Aufhebung alter ortspolizeilicher Vorschriften und Verordnungen zuzustimmen. — Ein vom früheren Gemeinderat in die Anstalt „Sub“ eingeweihter junger Mann wird auf Verlangen dieser Anstalt zur Unterbringung seines Gesundheitszustandes vorerst im Weingarten Krankenhaus untergebracht. — Einem Gesuch des badischen Artillerieregiments zur Unterbringung alter Kriegsveteranen in Frage kommende Kriegsteilnehmer in guten materiellen Verhältnissen lebt. Der Antrag der Polizeidienstverleiher auf neue Dienstkleidung wird dahingehend verabschiedet, daß denselben nachgelesen werden soll, angelehnt der geklärten Finanzlage der Gemeinde den kommenden Winter sich mit der leiblichen Kleidung noch abzufinden. — Es wird beschlossen, die Hälfte des Holzmacherlohnes sogleich zu erheben. — Für Stammbuchbeiträge sollen Angebote eingefordert werden. — Der Ankauf einer Pumpe mit Motor zum Auspumpen des Grundwassers aus dem Rathaus wird nachträglich genehmigt. — Der Antrag der sozialdemokratischen Rathausfraktion, den ausgesetzten Erwerbslosen je 1 Ster Holz unentgeltlich zu verabfolgen, wird eingehend besprochen. Der satzungsgemäße Meinungsverschiedenheit wegen wird die Sache bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Gengenbach (Sitzung vom 10. Dezember)

Einige Gesuche um Stundung bzw. Verminderung der Gebäudesteuer wurde verabschiedet. — Einige Nachzügler wurden genehmigt. — Im Sommerwald wird in Abteilung IV. 5 ein Schleifweg angelegt. Die Arbeit wurde dem Unternehmer Karl Ambruster hier übertragen, der 5 Ausgesetzte dabei zu beschäftigen hat. — Nach einem Erlaß des Ministeriums des Innern sollen Wabungen künstlich möglichst nicht mehr mit einem erhöhten Umlagefuß belastet werden wegen der schlechten Rentabilität der Wabungen. Mit den Nachbargemeinden Bernersbach und Reichensbach ist wegen des Schmalweges hierüber zu verhandeln. — Der für die künftigen Wahlen erforderliche Kandidat wird bei Kaufmann Engesser hier bestellt. — Eine Grundstücksabtretung wurde vorgenommen. — Der Sportplatz hat um Ueberlassung eines Teiles der Insel zu einem Sportplatz nachgeholt. Dem Ansuchen kann aus verschiedenen Gründen nicht entsprochen werden. Es soll aber die Frage der Auffüllung des jetzigen Sportplatzes geprüft werden. — Die Rezipienten und Kommissionen wurden gebildet. — Für Großwasserverbraucher soll die Einführung eines Stufenpreises geprüft werden. — Den bedürftigen Altveternan wird auch in diesem Jahre wieder am Weihnachtsfest eine Ehrenabe überreicht.

Volkswirtschaft

Karlruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit vorm. Allgemeine Versicherungsanstalt. Die ordentliche Generalversammlung bei der 862 Mitglieder vertreten waren, genehmigte einstimmig den Abschluß für 1929 und erteilte ebenso einstimmig Vorstand und Aufsichtsrat Entlassung. Auf der Tagesordnung stand dann der Antrag, den gesamten Versicherungsbestand sowie das gesamte Vermögen mit allen Rechten und Verbindlichkeiten auf die Karlruher Lebensversicherung zu übertragen und damit aus der bisherigen Betriebsgemeinschaft die Konvention einer Rechtsgemeinschaft zu geben. Die Übertragung wurde mit der notwendigen qualifizierten Mehrheit genehmigt. Da das Aufsichtsrat hat erklären lassen, daß es die Übertragung genehmigen werde, ist damit zu rechnen, daß die Verlöschung der beiden Gesellschaften in nächster Zeit Tatsache wird. Im Zusammenhang damit könnte der Beschluß gefaßt werden, alle nach dem 31. Dezember 1930 fällig werden den Leistungen aus den aufgewerteten Versicherungen um 15 Prozent zu erhöhen.

Photographie Rausch & Pester
Erbrinzenstraße 3, am Rondellplatz Telefon 2678
Erstklassige Leistungen Schönstes u. billigstes Weihnachtsgeschenk
Aeußerst gesenkte Preise Sonntag von 11 bis 6 Uhr geöffnet!
Bitte unsere Schauhalle beachten!

Platzweinverkauf
Karlstraße 2630
nur Adlersstr. 38
erhalten Sie u. a. den milden Frankweiler 1929er Weißwein für 4.00 der Liter.
Rotwein 4.00 p. Lit.
Stiefmutter Trai 2000

Tanz-LEHRINSTITUT BRAUNAGEL
Hochschulstraße 13 Tel. 5858
Antug Januar: Beginn neuer Kurse.
Einzelunterricht und Anmeldung jederzeit

Oberhemden
weiß, schöne Qualität... 5.78
farb., neueste Trikot-u. Popelinstoffe 7.75
Selbstbinder -75 1.- 1.50 2.25
Poländer
DAS HAAR-DEIN GUTTES WERDEN

